



## Presseinformation

Düsseldorf, 07.12.2023

# Politische Bildung muss digitaler, aufsuchender und attraktiver für junge Menschen werden!

## Landesdemokratiebericht in Nordrhein-Westfalen erschienen

Politische Bildung muss digitaler, aufsuchender und attraktiver für junge Menschen werden: Das ist das Ergebnis des Landesdemokratieberichts 2023. Im Auftrag des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft hat die Landeszentrale für Politische Bildung nach 2021 jetzt zum zweiten Mal einen Bericht zur politischen Bildung vorgelegt. Titel: „Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung in 2023“. Grundlage ist eine repräsentative Umfrage unter Menschen aus Nordrhein-Westfalen ab 14 Jahren. Wissenschaftlich begleitet wurde die Umfrage durch die NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen.

Insgesamt wurden 3149 Menschen in den Monaten März/April und Mai/Juni 2023 befragt. Aktuelle Ereignisse, etwa die Terroranschläge der Hamas auf Israel am 7. Oktober, fanden somit keinen Eingang in die Untersuchung.

Die Ergebnisse der Befragung stimmen durchaus optimistisch. 66 Prozent der Befragten bekennen sich ohne Abstriche zur Demokratie. 77 Prozent gaben an, sich für das politische Geschehen im Land zu interessieren.

Staatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert: „Der Demokratiebericht ist mehr als eine Momentaufnahme. Er ist vielmehr ein Kompass, der uns wichtige Hinweise geben kann, wie wir unsere Demokratie und die Angebote der politischen Bildung weiterentwickeln können. Das Interesse an Politik und den Bildungsangeboten der Landeszentrale für Politische Bildung sowie die Zustimmung zur Demokratie sind erfreulich hoch.“

Pressesprecher

Christian Voss

Telefon 0211 896-4790

Telefax 0211 896-4575

presse@mkw.nrw.de

Völklinger Straße 49

40221 Düsseldorf

www.mkw.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:

S-Bahnen S 8, S 11, S 28

(Völklinger Straße)

Rheinbahn Linie 709

(Georg-Schulhoff-Platz)

Rheinbahn Linien 706, 707

(Wupperstraße)

Gleichwohl sollte das Drittel der Demokratie-Skeptiker Anlass und Ansporn sein, unsere Angebote der politischen Bildung weiter zu verbessern. Dazu gehören die Entwicklung und Erprobung digitaler Formate und die Zusammenarbeit mit Schulen und Vereinen, um ganz besonders junge Menschen anzusprechen und zu erreichen.“

Die Befragung hat ergeben, dass sich der größte Teil der 14- bis 17-Jährigen auf Social-Media-Kanälen über das politische Geschehen informiert. Gerade im Hinblick auf die Einführung des Wahlalters mit 16 Jahren bei der nächsten Landtagswahl müsse diese Gruppe der künftigen Wähler besonders intensiv angesprochen werden, so die Staatssekretärin. Ziel müsse sein, dass die Wahlbeteiligung, die bei der Landtagswahl 2022 noch bei 55,5 Prozent lag, bei der kommenden Landtagswahl wieder ansteigt.

Politische Bildung trägt als wichtiger Grundstein der Demokratiebildung maßgeblich dazu bei, dass die Menschen die notwendigen Kompetenzen und das Verständnis entwickeln, um aktiv an politischen Prozessen teilzunehmen und die Demokratie zu stärken. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen die Demokratie von außen und von innen angegriffen wird.

Das kann laut Demokratiebericht mit neuen Formaten gelingen, die dort angeboten werden, wo sich junge Menschen gerne und viel aufhalten: in der Schule, in (Sport-)Vereinen, an Dritten Orten, Kultureinrichtungen – und im Internet.

Der Demokratiebericht empfiehlt zudem Maßnahmen der politischen Bildung, die die Menschen zu mehr Teilhabe befähigen. Ziel müsse sein, dass Menschen ein mögliches Engagement als „wirksam“ verstehen. Dazu könnten interaktive Formate, etwa Debattierwettbewerbe für Jugendliche, der Aufbau einfacher zugänglicher Beteiligung wie Bürgerforen und das Erproben einer Abstimmung anhand von Wahl-O-Maten beitragen.

## **Hintergrund:**

Der nordrhein-westfälische Landtag hat die Landesregierung 2019 beauftragt, einen regelmäßigen Demokratiebericht als Instrument einer Weiterentwicklung der Demokratiebildung sowie der politischen Bildung vorzulegen. Unter dem Titel „Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung in 2023“ wurde jetzt zum zweiten Mal ein Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Er schließt inhaltlich an offene Fragen des ersten Demokratieberichts an. Die wissenschaftliche Begleitung erfolgte für die NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen durch Prof. Dr. Susanne Pickel und Prof. Dr. Andreas Blätte.